

Klares Bekenntnis von Landesministern und Verbänden zur nachhaltigen Holzenergie

Neue Bundespolitik pro Holzenergie erforderlich

Berlin, 17.01.2025: Holzenergie muss als verlässlicher, klimafreundlicher und regionaler Energieträger stärker gefördert werden, um die Energie- und Wärmewende sowie die Klimaziele Deutschlands zu erreichen. Dieses Signal an die Bundespolitik senden die beteiligten Landesminister und Spitzenvertreter der Branchenverbände aus Land- und Forstwirtschaft, Holzindustrie, Heizungs- und Energiewirtschaft mit der heute auf der Grünen Woche in Berlin unterzeichneten Erklärung „Nutzung der nachhaltigen Holzenergie“. Die Erklärung spricht sich für eine neue Bundespolitik pro Holzenergie aus und fordert von der künftigen Bundesregierung „ein klares Bekenntnis für die nachhaltige Holzenergie“. So müsse Holzenergie im Ordnungsrecht und den Förderprogrammen des Bundes gleichrangig mit anderen erneuerbaren Energien behandelt werden. Die Unterzeichner betonen zudem die CO₂-Neutralität von Holz und sprechen sich klar gegen den Import von Energieholz aus nicht nachhaltigen Quellen aus. Mit Blick auf die Ziele des Bundes-Klimaschutzgesetzes für Treibhausgassenken im Wald wird in der Erklärung kritisiert, dass angesichts der sehr hohen Holzvorräte in den deutschen Wäldern und klimabedingter Standortrisiken die Ziele nicht erreichbar seien und dringend überarbeitet werden müssen.

Marlene Mortler, Vorsitzende des Fachverbands Holzenergie im Bundesverband Bioenergie, betont: „Wir brauchen eine Politik, die Holz nicht als zweitrangige erneuerbare Energie behandelt, sondern als zentralen Bestandteil ihrer erneuerbaren Energie- und Wärmepolitik. Mit einem nachhaltigen Ausbau der Holzenergie können wir die Potenziale für Klimaschutz und Energiewende noch weiter voranbringen sowie für verlässliche und günstige Energie- und Wärmebereitstellung sorgen. Dafür muss die nächste Bundesregierung für alle erneuerbare Energien ein Level-Playing-Field in den Gesetzen und Förderprogrammen sicherstellen und bürokratische Hürden, wie sie bei der nationalen Umsetzung der Erneuerbare Energien Richtlinie der EU zu erwarten sind, begrenzen.“

Julia Möbus, Geschäftsführerin des Deutschen Säge- und Holzindustrie Bundesverbandes (DeSH), ergänzte: „Die heutige Erklärung sendet ein starkes Signal in Richtung der zukünftigen Bundesregierung: Der heimische Rohstoff Holz ist unverzichtbar für den Klimaschutz und die Energiewende in unserem Land. Holzbau und Holzenergie gehen dabei Hand in Hand und bieten Lösungen für klimafreundliches Bauen und Heizen. Es ist höchste Zeit, diesen Beitrag auch auf Bundesebene zu stärken und die Holzenergie auf Augenhöhe mit anderen erneuerbaren Energien zu stellen. Nur so können wir die Potenziale dieses vielseitigen Rohstoffs für Klimaschutz und Wertschöpfung wirksam nutzen und einen zukunftsfähigen Rahmen für die nachhaltige Transformation schaffen.“

Max von Elverfeldt, Vorsitzender der Familienbetriebe Land und Forst, erklärte: „Die Verwendung von Holz als Energieträger ist in vielerlei Hinsicht nachhaltig. Holz schützt das Klima, da es ein nachwachsender Rohstoff ist, der vor seiner Nutzung Kohlenstoff bindet und anschließend fossile Energieträger wie Gas und Öl ersetzt. Zudem stärkt Holz die Resilienz unserer Wärmeversorgung und die wirtschaftliche Stabilität ländlicher Räume, da es regional verfügbar ist und kurze Lieferwege aufweist. Durch die Bewirtschaftung ihrer Wälder leisten unsere Mitglieder einen entscheidenden Beitrag zu Klimaschutz, Nachhaltigkeit und

Resilienz. Wir freuen uns, dass diese Bemühungen in der gemeinsamen Erklärung Anerkennung und Förderung finden.“

Hintergrund:

Auf der Grünen Woche in Berlin wurde heute die gemeinsame Erklärung „Nutzung der nachhaltigen Holzenergie“ unterzeichnet. Ziel der Erklärung ist es, die Holzenergie als unverzichtbaren Bestandteil der Energiewende zu stärken. Bereits heute liefert Holzenergie rund zwei Drittel der gesamten erneuerbaren Wärme und spart durch den Ersatz fossiler Energien jährlich etwa 34 Millionen Tonnen CO₂ ein.

Die Erklärung wurde von den Ministern Hubert Aiwanger, Bayerisches Staatsministerium für Wirtschaft, Landesentwicklung und Energie, Peter Hauk, Ministerium für Ernährung, Ländlichen Raum und Verbraucherschutz Baden-Württemberg, Ingmar Jung, Hessisches Ministerium für Landwirtschaft und Umwelt, Weinbau, Forsten, Jagd und Heimat, Sven Schulze, Ministerium für Wirtschaft, Tourismus, Landwirtschaft und Forsten des Landes Sachsen-Anhalt, und Georg-Ludwig von Breitenbuch, Sächsisches Staatsministerium für Umwelt und Landwirtschaft, unterzeichnet. Auf Bundesebene wird die Erklärung von den Verbänden Deutscher Bauernverband, AGDW – Die Waldeigentümer, Familienbetriebe Land und Forst, Deutsche Säge- und Holzindustrie Bundesverband, Fachverband Holzenergie im Bundesverband Bioenergie, Deutscher Energieholz- und Pelletverband, Bundesverband der Deutschen Heizungsindustrie, Industrieverband Haus-, Heiz- und Küchentechnik sowie Deutsche Industrie- und Handelskammer getragen. Von Landesebene unterzeichnen die Verbände Bayerischer Bauernverband, Bayerischer Waldbesitzerverband, Forstkammer Baden-Württemberg Waldbesitzerverband, Hessischer Waldbesitzerverband, Waldbesitzerverband Sachsen-Anhalt, Sächsischer Waldbesitzerverband, Familienbetriebe Land und Forst Bayern, Familienbetriebe Land und Forst Baden-Württemberg, Familienbetriebe Land und Forst Hessen, Familienbetriebe Land und Forst Sachsen-Anhalt, Familienbetriebe Land und Forst Sachsen-Thüringen, Fachverband Holzenergie Bayern, Fachverband Sanitär-, Heizungs- und Klimatechnik Bayern sowie Holzenergie-Fachverband Baden-Württemberg.

Pressekontakt FVH:

Anne Degenhardt
Referentin für Kommunikation, Presse- und
Öffentlichkeitsarbeit
+49(0)30 - 275 81 79 – 26
degenhardt@bioenergie.de

Pressekontakt DeSH:

Paul Westermann
Leiter Politik & Kommunikation
+49 (0)30 206 13 99-17
paul.westermann@zukunft-holz.de

Pressekontakt Familienbetriebe Land und Forst:

Franziska Strasoldo-Graffemberg
Leiterin Presse und Kommunikation
+49(0)30 - 246 3046 11
f.strasoldo@fablf.de